

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

26.10.2020

HAUSHALT

2021

Antrag zum Thema

Fonds zum Ankauf von Grundstücken und Wohnungen

▶ Zuordnung im Haushaltsplan				
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt			
▶ 312	▶ 62000			
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition				
▶ 52 5220-620				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme				
▶				
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen				
Art	2021	2022	2023	2024
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung				
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen				
Auszahl. f. Grunderwerb	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk				
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung				
▶ davon zahlungswirksam in				
Sonstige Änderungen				
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen				

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶
▶ Sachverhalt Begründung

Der Gemeinderat möge beschließen,

dass für eine aktive Liegenschaftspolitik im Wohnungsbereich Mittel in der Höhe von vorläufig 10 Millionen Euro in einen Fonds eingestellt werden, der zum Ankauf von Wohnungen, Wohngebäuden und Grundstücken für den Wohnungsbau dient.

Begründung:

In Karlsruhe mangelt es an günstigem Wohnraum. Besonders finanziell schwächere Haushalte verlieren zunehmend den Anschluss an den Wohnungsmarkt. Um dem immensen Fehlbedarf in diesem Bereich entgegen zu wirken und Teilhabegerechtigkeit herzustellen, bedarf es der Ausweitung einer aktiven Liegenschaftspolitik der Stadt. Ziel muss es sein, dass mehr Grundstücke in kommunales Eigentum kommen, um entsprechende Spielräume für eine sozial und gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik zu erhalten.

Während ein Umsteuern im Gewerbebereich stattgefunden hat und die Stadt hier offensiv Grundstücke erwirbt, sieht die Sachlage im Wohnungsbereich bisher wenig günstig aus.

U.a. mit den Mitteln des Baugesetzbuches, mit Vorkaufsrechten und anderen Instrumenten muss die Stadt weit aktiver werden, um Steuerungsmöglichkeiten in neuen und alten Stadtteilen zu bekommen. Insbesondere in Stadtteilen mit bisher geringem Anteil an kommunalen Wohnungen und Grundstücken sowie geringem Anteil an Wohnungen der Volkswohnung sowie in Neubaugebieten ist dies gefordert.

Auch sollte der Ankauf von bzw. die Verlängerung von Belegungsbindungen für sozialen Wohnungsbau angegangen werden. Der Bedarf an sozialgebundenen Wohnungen kann durch Neubau allein nicht gedeckt werden.

Der Fonds refinanziert sich (zum Teil) durch Weiterverkäufe mit entsprechenden Bindungsvorschriften, durch Erträge aus Erbbauzins sowie durch Mieten.

Weitere benötigte Mittel sollten über einen noch zu beschließenden Sozialen Wohnungsfonds mit Einlagen von Bürger*innen der Stadt Karlsruhe geschaffen werden. Dieser ist noch in der Befassung in den städtischen Gremien.

Unterzeichnet von:

Mathilde Göttel
Karin Binder
Lukas Bimmerle